

SISTERS e.V. Ortsgruppe Frankfurt - Rhein Main  
Kontakt: [ortsgruppe-frankfurt-rheinmain@sisters-ev.de](mailto:ortsgruppe-frankfurt-rheinmain@sisters-ev.de)

Frankfurt, 22.02.2024

Offener Brief an die Frankfurter Stadtverordneten

**Stellungnahme von SISTERS e.V. Ortsgruppe Frankfurt - Rhein Main  
zum Antrag der CDU-Fraktion „Menschenunwürdige Zustände in der Prostitution beenden“**

Sehr geehrte Stadtverordnete,  
sehr geehrte Damen und Herren,

SISTERS e.V. ist ein gemeinnützig anerkannter Verein, der Frauen beim Ausstieg aus der Prostitution unterstützt und sich auf gesellschaftspolitischer Ebene zum Thema Prostitution engagiert.

Die Mitglieder unseres Vereins kommen aus allen gesellschaftlichen, beruflichen und politischen Sparten. In unserem Verein engagieren sich auch Menschen, die seit Jahren beruflich im Kontext Prostitution tätig sind, ebenso wie Frauen, die selbst als Prostituierte tätig waren oder sind.

**Bei unseren Aktivitäten und Empfehlungen an die Politik stützen wir uns daher stark auf die Einschätzungen von Betroffenen und Expert\*innen.**

Wir sind seit einigen Jahren in Frankfurt mit einer Ortsgruppe aktiv. Wir konzentrieren uns vor allem auf Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung und die Arbeit mit Betroffenen. **Angesichts der laufenden Debatte im Römer zu dem o.g. Antrag der CDU-Fraktion Frankfurt, möchten wir Stellung nehmen.**

Zunächst möchten wir deutlich machen, dass wir **gegen jegliche Sanktionen oder Gewalt an Menschen in der Prostitution sind**. Unsere Haltung gegenüber Menschen in der Prostitution, denen wir in unserer Arbeit vielfach begegnen, ist eine **wertschätzende und akzeptierende Haltung**.

**Unsere kritische Haltung bezieht sich auf das System Prostitution und die Profiteure des Systems.** Wie Studien zeigen, müssen Prostituierte einen hohen Anteil ihrer Einnahmen an Dritte abgeben. Dazu zählen Betreiber von Prostitutionsstätten aber auch die organisierte Kriminalität, Zuhälter und Menschenhändler. Und schließlich profitiert auch der Staat, durch die Erhebung von Steuern.

Um es ganz deutlich zu machen: **Wir lehnen ein Verbot der Prostitution ab und fordern stattdessen eine Regelung im Sinne des Nordischen Modells oder Gleichstellungsmodells**, wie es auch die EU ihren Mitgliedsländern empfiehlt.

Der **EU-Ausschuss für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter** kommt nach intensiver Befassung zu dem Ergebnis, dass in der Prostitution tätige Frauen **„ungeheuerlichen Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und Ausbeutung, darunter einem hohen Maß an geschlechtsbezogener, psychologischer, körperlicher und sexueller Gewalt, ausgesetzt sind“**. Er stellt ferner fest, dass es sich bei Prostitution um ein System handelt **„das von Natur aus gewalttätig, diskriminierend und zutiefst unmenschlich ist und das als Geschäft funktioniert und einen Markt schafft, in dem Zuhälter planen und handeln, um ihre Märkte zu sichern und zu vergrößern, und in dem die Käufer von Sex eine Schlüsselrolle dabei spielen, diese Märkte zu vergrößern“**. Der Ausschuss fordert daher **„einen EU-weiten Ansatz auf der Grundlage des nordischen Modells bzw. des Gleichstellungsmodells“**.<sup>1</sup> Der Bericht wurde vom EU-Parlament im September 2023 mehrheitlich angenommen. In vielen europäischen Ländern wird das Nordische Modell bereits umgesetzt oder eine Umsetzung ist geplant.

---

<sup>1</sup> [https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0328\\_DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2023-0328_DE.pdf)

**Deutschland täte gut daran, der Empfehlung des EU-Parlaments zeitnah zu folgen, um nicht am Ende das traurige Schlusslicht in Europa zu sein.** Wir haben mit dem größten Prostitutionsmarkt in Europa bereits jetzt den Ruf das „Bordell Europas“ zu sein; auf Kosten von hunderttausenden Frauen und Mädchen, die in Deutschland in der Prostitution Gewalt erfahren oder erfahren haben.

**Nach 20 Jahren Liberalisierung der Prostitution muss anerkannt werden, dass die gutgemeinte Absicht des Gesetzgebers, Menschen in der Prostitution mehr Schutz und Absicherung zu bieten, weit verfehlt wurde:** Der Prostitutionsmarkt in Deutschland hat sich in den letzten 20 Jahren signifikant vergrößert, Schätzungen zu Folge liegt der erwirtschaftete Umsatz pro Jahr bei 15 Mrd. EUR. Das entspricht in etwa dem Umsatz der deutschen Bekleidungsindustrie. Im Gegensatz zur Bekleidungsindustrie findet **der größte Teil der Prostitution aber nach wie vor im sogenannten „Dunkelfeld“ und ohne Arbeitsverträge oder soziale Absicherung statt.** Obwohl zum Jahresende 2022 über 28.000 Prostituierte in Deutschland gemeldet waren<sup>2</sup> und Schätzungen von bis zu mehreren Hunderttausend ausgehen, waren laut Bundesagentur für Arbeit zum Stichtag 30. September 2022 gerade mal 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie 10 geringfügig Beschäftigte in der Prostitution angemeldet.<sup>3</sup>

Wir erkennen an, dass es Menschen gibt, die freiwillig und selbstbestimmt in der Prostitution tätig sind und sich für diese Menschen die Option einer Sozial- und Krankenversicherung positiv ausgewirkt haben mag. **Die Selbstbestimmung einiger weniger darf aber nicht auf Kosten vieler anderer gehen, die laut Ergebnissen von Studien massiv unter den Folgen von Prostitution leiden und gerne aus der Prostitution aussteigen würden<sup>4</sup>.**

Es braucht daher einen **Ansatz, der selbstbestimmte Prostitution ermöglicht, aber effizient und wirksam Ausbeutung, Gewalt und Zwang bekämpft sowie Ausstiegsperspektiven eröffnet.** Das Nordische Modell/Gleichstellungsmodell bietet einen solchen Ansatz. Neben verschiedenen Maßnahmen wie Sensibilisierung der Bevölkerung, Beratung und Unterstützung von Prostituierten beim Ausstieg, zählt dazu ein Sexkaufverbot, mit dem die Sexkäufer in den Fokus genommen werden.

Ein häufiges Gegenargument gegen das Nordische Modell ist die Argumentation, dass dies die „verantwortungsbewussten Freier“ abschrecken wird. **Die letzte in Deutschland durchgeführte Befragung von Sexkäufern zeigt, dass die Vorstellungen von einem „verantwortungsbewussten Freiertum“ nicht der Realität entsprechen:** von den befragten Sexkäufern haben zwar 55% Menschenhandel oder Zuhälterei beobachtet, aber nur 1% haben dies den Behörden gemeldet. Die Studie zeigt auch, dass die Freier über die negativen Auswirkungen des Sexkaufes durchaus Bescheid wissen, aber ihr Verhalten damit rechtfertigen, dass sie im legalen Bereich agieren würden und der Staat daran mitverdient. So sagt einer der Sexkäufer in der Studie: *„Würde einem Verbot sofort zustimmen. Würde mich an ein Verbot halten. Wenn das kriminalisiert wird, dann ist das gut für die Gesellschaft. Ausbeutung muss grundsätzlich verboten werden.“<sup>5</sup>*

**Es besteht dringender Handlungsbedarf, auch auf kommunaler Ebene.** Auch wenn es langfristig einen Wandel auf Bundesebene braucht, können Ansätze aus dem Nordischen Modell auch gut auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. **Städte wie Wiesbaden zeigen, wie es gehen kann.** Alle Wiesbadener Ämter, die zum Thema arbeiten, nehmen in der AG Prostitution unter Federführung des Ordnungsamtes seit 2016 an umfangreichen Fortbildungen teil. Über das kommunale

---

<sup>2</sup> [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/09/PD23\\_368\\_228.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/09/PD23_368_228.html)

<sup>3</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/20/065/2006517.pdf>

<sup>4</sup> Farley et al. (2003): „Prostitution and Trafficking in 9 Countries: Update on Violence and Posttraumatic Stress Disorder“, Journal of Trauma Practice, Bd. 2, Nr. 3-4.

<sup>5</sup> Farley et al. (2022): Männer in Deutschland, die für Sex zahlen – und was sie uns über das Scheitern der legalen Prostitution beibringen.

Frauenbüro hat die Stadt erfolgreich ein Modellprojekt zur Unterstützung von Prostituierten aufgesetzt (mit durchschnittlich rd. 100 Beratungskontakten im Monat im Rahmen der aufsuchenden Arbeit, Einzelberatungen sowie Ausstiegsbegleitung). Mit Unterstützung der Stadtpolitik, insbesondere der zuständigen (grünen) Dezernentin, ist das Projekt inzwischen als Regelangebot mit einem festen Budget im Wiesbadener Haushalt verankert. Aber auch darüber hinaus ist man in Wiesbaden klar positioniert: wenn das Ordnungsamt illegal organisierte Prostitution außerhalb der Toleranzonen feststellt, erhalten die Profiteure (z.B. Vermieter, Hoteliers) das Bußgeld, die prostituierten Frauen werden grundsätzlich ausgenommen. Das Kommunale Frauenreferat organisiert regelmäßig öffentliche Veranstaltungen zur Information und Bewusstseinsbildung. Mit Maßnahmen zur Primärprävention wird auch die Nachfrageseite in den Blick genommen.

**Warum soll was Wiesbaden kann, nicht auch Frankfurt können?** Zumal der Bedarf hier um ein Vielfaches größer sein dürfte. Die Opposition im Römer hat das erkannt. **Der Antrag der CDU macht sinnvolle Vorschläge im Sinne eines Mehrebenen-Ansatzes**, wie Menschen in der Prostitution besser vor Ausbeutung und Gewalt geschützt, ihnen Ausstiegsperspektiven ermöglicht werden können sowie auch Bevölkerung und Sexkäufer sensibilisiert werden können. **Aus unserer Sicht verdient er eine ernsthafte und sachgemäße Befassung. Diese konnten wir in den verharmlosenden und realitätsfernen Aussagen zu Prostitution einiger Stadtverordneter leider nicht erkennen.**

Dazu zählen Aussagen wie die, dass in Frankfurt keine größeren Probleme mit Prostitution bestehen und kein Bedarf für mehr Unterstützung gesehen werde. **Laut Auskunft des Ordnungsamts sind derzeit etwa 1.600 nach dem Prostituiertenschutzgesetz angemeldete Personen in Frankfurt in der Prostitution tätig.** Die tatsächliche Anzahl dürfte wesentlich höher liegen. **Die in Schätzungen häufiger genannte Anzahl von etwa 5.000 Personen halten wir für plausibel.**

Auch wenn es Institutionen gibt, die einen anderen Anschein vermitteln möchten, gibt es einen **großen Handlungsbedarf und die Zustände, auch im Bahnhofsviertel, sind erschreckend.** Neben der Straßenprostitution, teilweise in Zusammenhang mit Suchtproblematiken, sind überwiegend Frauen aus dem Ausland in Frankfurter Prostitutionsstätten tätig. Viele von ihnen sind der deutschen Sprache nicht oder kaum mächtig, häufig sind sie unzureichend über ihre Rechte und Schutzmaßnahmen aufgeklärt. Sie sind in hohem Maße von Dritten (Betreiber, männliche Familienangehörige etc.) abhängig und haben wenig Möglichkeiten sich vor Grenzüberschreitungen und Gewalt durch Freier zu schützen.

Aus Berichten von Mitarbeitern von Ermittlungsbehörden und von Aussteigerinnen ist ebenfalls bekannt, dass die **Organisierte Kriminalität** in Zusammenhang mit Prostitution in Frankfurt eine Rolle spielt. **Die offiziellen Statistiken sind, was Delikte wie Menschenhandel, Zuhälterei, Zwangsprostitution und Gewalt gegen Prostituierte betrifft, nur sehr bedingt aussagekräftig.** Aus Berichten von Aussteiger\*innen und Expert\*innen wissen wir, dass die betroffenen Frauen sich meist nicht an die Behörden wenden.

**Dass Zwangsprostitution auch in Frankfurt stattfindet, können wir aus eigener Erfahrung berichten.** Einer der letzten Fälle, die wir betreut haben, war eine junge Frau, die sich nach Misshandlungen durch Zuhälter hilfesuchend an uns wendete. Sie konnte fliehen und wurde mit unserer Unterstützung sofort ins Zeugenschutzprogramm der Polizei aufgenommen.

Zudem kommt es in Frankfurt immer wieder zu **Vorfällen, bei denen Prostituierte von Freiern mit Waffen und Pistolen bedroht werden.** Derzeit wird vor dem Landgericht Frankfurt der Fall eines Freiers behandelt, der des Mordes an einer Prostituierten aus Frankfurt beschuldigt wird. Seit rund 20 Jahren wurden in Deutschland über 100 Frauen in der Prostitution ermordet, meist durch Zuhälter

und Freier. In Schweden, dass dem Nordischen Modell folgt, gab es im gleichen Zeitraum nur einen Mord an einer Prostituierten, durch ihren Partner.<sup>6</sup>

Aus unserer Sicht gibt es bereits einige gute Unterstützungsangebote in Frankfurt. Dies begrüßen wir ausdrücklich. **Das Angebot sollte aber ausgeweitet werden und die Abstimmung und Koordination zwischen den verschiedenen Organisationen verbessert werden.** Wir haben den Kontakt zu verschiedenen, auch anders positionierten, Institutionen gesucht. Mit einigen stehen wir in einem sehr offenen und konstruktiven Austausch. Andere haben unsere Gesprächsanfragen nicht beantwortet oder abgelehnt. Eine Beratungsstelle wollte beispielsweise nicht mit uns sprechen, da wir uns für das Nordische Modell einsetzen, das sie selbst kategorisch ablehnen. Dieses Silodenken ist bedauerlich, denn den Betroffenen hilft man damit nicht.

**Gerade angesichts teilweise verhärteter Fronten, ist eine offene Debatte über den Umgang mit Prostitution in Frankfurt und die Wiedereinrichtung des Fachbeirats Prostitution dringend notwendig.** Es darf nicht sein, dass dieses Thema sowohl bei frauenpolitischen Themen als auch bei der Befassung mit dem Bahnhofsviertel häufig ausgeklammert oder als „Randthema“ behandelt wird. Es wird der Sache auch nicht gerecht, sich auf primär parteipolitische, teilweise ideologisch anmutende Positionen zurückzuziehen.

**Um ein Beispiel aus der Debatte im Römer herauszugreifen:** Prostitution im Jahr 2024 damit zu rechtfertigen, dass es sich dabei um „das älteste Gewerbe der Welt“ handle, was faktisch nicht stimmt und - gerade auch in der historischen Betrachtung - Gewalt gegen Frauen als „Gewerbe“ verharmlost, mutet doch sehr befremdlich an.

**Wir alle, Politik und Gesellschaft, müssen uns bewusst werden: Solange wir weiter dem liberalen Modell folgen, wird Gleichberechtigung in erster Linie für diejenigen Frauen und Mädchen gelten, die privilegiert sind.** Wir als Gesellschaft und Sie als Politiker\*innen sollten uns daher ehrlich fragen, was uns mehr wert ist: *Männern, das Privileg zu sichern, dass ihnen jederzeit eine Frau sexuell zur Verfügung steht oder die Würde und Integrität von Frauen und Mädchen zu schützen?*

Unsere Haltung dazu ist klar: Wir möchten in einem Land leben, in dem Frauen und Männer wirklich gleichberechtigt sind und das nicht den Ruf hat, das Bordell Europas zu sein. **Wir möchten in einer Stadt leben, die sich klar gegen Ausbeutung und Gewalt an Frauen, auch denen in der Prostitution, positioniert.** Einer Stadt, in der Frauen nicht von fremden Männern mit „Jobangeboten“ konfrontiert werden, in der männliche Touristen und Messebesucher nicht ganz selbstverständlich Empfehlungen für Bordelle erhalten, während im Bahnhofsviertel offen für Prostitution (an-) geworben wird.

Sehr geehrte Stadtverordnete, es besteht hier dringender Handlungsbedarf. **Wir fordern Sie daher auf, umgehend umfassende Maßnahmen zu ergreifen, die sicherstellen, dass Ausbeutung und Gewalt in der Prostitution durch Prävention, Schutzmaßnahmen und Ausstiegsperspektiven wirksam bekämpft werden und das Gleichberechtigung und der Schutz von Würde und Integrität für allen Frauen und Mädchen in Frankfurt gelten.**

Wir freuen uns auf Rückmeldungen und stehen gerne für **ein persönliches Gespräch** zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

SISTERS e.V. Ortsgruppe Frankfurt - Rhein Main

---

<sup>6</sup> <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMST17-3443.pdf>